

# Calmer Tagblatt

Nr. 268.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Veränderungen: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 75 Pf. wöchentlich. Bei Abnahme von 100 Pf. — 10% Rabatt. — 1. Jahrgang 9.

Mittwoch, den 16. November 1921.

Druckpreis: In der Stadt mit Zustellung 2 Pf. 12 Pf. vierteljährlich. — Abgabe des Anzeigenscheines 8 Pf. vorwärts.

## Neueste Nachrichten.

Nach Meldungen aus Rußland scheint die innere Lage sich wieder zu verschlimmern. Der Aufstand in der Ukraine nimmt immer größeren Umfang an. Polen und Rumänien haben ihre Grenzen gesperrt.

Der Abrüstungsvorschlag Amerikas findet bei den Vertretern der Großmächte in Washington grundsätzliche Zustimmung. Balfour hat in glänzend diplomatischer Weise für England gesprochen. Die Behandlung der Einzelfragen soll nach dem bewährten Vorbild der Völkerbundstagung in Genf in Ausschüssen vor sich gehen.

Die Fragen der Abrüstung zu Lande soll von England und Italien in Väterde auf die Tagesordnung der Washingtoner Konferenz gebracht werden.

Hoover, der bekannte Organisator amerikanischer Hilfswerke, wird in Washington über die wirtschaftliche Lage Deutschlands sprechen.

Die Note der deutschen Regierung gegen die von der Entente beabsichtigte Stilllegung oder Zerstörung der deutschen Werke wurde gestern abend veröffentlicht.

## Gegen die Stilllegung der deutschen Werke.

### Die Note der deutschen Regierung.

Berlin, 15. Nov. Das Auswärtige Amt hat das nachstehende Schreiben an den Vorsitzenden der interalliierten Militärkommission gerichtet. Zugleich ist die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, der Vorkonferenz eine Note gleichen Inhalts zu übermitteln:

Die ehemaligen Werkstätten des Heeres und der Marine sind schon alsbald nach dem Ausbruch der Revolution einer völligen Umgestaltung unterzogen worden. Die Umgestaltung in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden. Schon zu dieser Zeit hatten also die vormaligen Reichswerke aufgehört, Heeresgutfabriken im Sinne des Artikels 168 des Friedensvertrags zu sein. Um aber völlige Gewißheit darüber zu haben, daß nicht etwas auf Grund dieses Artikels zu einer Schließung der Betriebe geschritten und damit die Existenz vieler Tausender von Arbeitern vernichtet werden mußten, wurde der Antrag an die Vorkonferenz gerichtet, sie möge sich mit dem Fortbestand der Werke einverstanden erklären. Die Vorkonferenz hatte diesem Antrag durch die Note vom 10. Februar 1920 stattgegeben und ihr Einverständnis an die alleinige Bedingung der Umstellung auf die Friedensbereitschaft geknüpft. — Die von der Vorkonferenz gestellte Bedingung ist in vollem Umfang erfüllt. Mit sehr großem Kostenaufwand ist die dauernde Umstellung der Werke auf reine Friedensarbeit überall durchgeführt. Das nach diesen Gesichtspunkten gewählte Fabrikationsprogramm ist der Militärkommission und ihren Unterkommissionen niemals vorenthalten worden; die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer täglichen genauen Kontrolle vor sich gegangen. Sie sind auch bisher offenbar der Ansicht gewesen, daß der von der Vorkonferenz gestellte Bedingung Genüge geschehen war, denn sie haben bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben. — Nach jahrelanger, mühseliger Arbeit glaubte die Leitung der deutschen Werke, die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und eine gesunde Wirtschaftsbaasis gefunden zu haben, die ihrer Arbeitstätigkeit eine sichere Existenz gewährleistet. Da setzten plötzlich Schlag auf Schlag eine Reihe von Maßnahmen der Kommission ein, die in völligem Widerspruch mit deren bisheriger Haltung und mit dem Beschluß der Vorkonferenz vom 10. Februar 1920 stehen. Durch diesen Beschluß ist der garantierte Fortbestand der Werke auf das Neueste gefährdet. — Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie kein Verschulden trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswechsel der Kommission erklären ließe. Alle Forderungen auf Zerstörung, Umbau und Entfernung von Spezialmaschinen zur Wiederherstellung von Kriegsmaterial, auf Vernichtung von Lagen und sonstigen Geräten, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um dem Betrieb ein für allemal den Charakter einer Heeresgutfabrik zu nehmen. Werte von vielen Millionen sind so vernichtet worden. Dafür, daß diese Vernichtung eine dauernde ist, wird nicht nur die rücksichtslos ausgeübte Kontrolle der Kommissionen stehen, auch die deutsche Regierung und die Arbeiterchaft der Werke selbst stehen dafür ein. Die deutsche Regierung muß Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommission nicht nur ungerecht, sondern auch geeignet sind, in ihren Auswirkungen schwerste Beunruhigung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen und

die Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftskörpers erneut zu beeinträchtigen.

### Der Eindruck der Gewerkschafter von den Werken.

Berlin, 15. Nov. Ueber den Eindruck, den die Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission bei ihrem Rundgang durch die Deutschen Werke in Spandau gewonnen haben, teilt der „Vorwärts“ noch mit, daß die Vertreter der Arbeiterschaft zu der Ueberzeugung gekommen seien, daß die Fabrikationen in den Deutschen Werken ganz auf den Frieden eingestellt sind. Mit der Fabrikation von Mord- und Jagdwaffen, sind, alles in allem, 900 Personen beschäftigt. Die Maschinen, wie z. B. die, die zur Herstellung von Gewehrläufen dienen, sind so umgebaut worden, daß sie nie mehr Kriegswaffen herstellen können. Dasselbe gilt von den großen Bohr- und Drehbänken, auf denen während des Krieges Torpedos und Kanonenrohre gedreht worden sind. Bereits durch das Umbauen dieser Maschinen ist den Deutschen Werken erheblicher Schaden erwachsen. So mußte das Werk einen großen Auftrag von Schiffswellen an die Privatindustrie abgeben. Auch in anderen Teilen des Werks, da wo z. B. Motorräder und Büromöbel hergestellt werden, ist an eine Fabrikation von Kriegswaffen überhaupt nicht mehr zu denken. Die Vertretung der Gewerkschaften ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß im Falle einer Mobilmachung mehr als vier Monate vergehen würden, ehe in Spandau an die Fabrikation irgendwelcher Kriegswaffen gegangen werden könnte.

## Die Weltkonferenz von Washington.

### Zum Abrüstungsvorschlag Amerikas.

#### Balfours diplomatische Zustimmung.

London, 16. Nov. Ergänzend wird aus Washington gemeldet: Balfour nannte die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes ein großes, geschichtliches Ereignis für den Wiederaufbau der Welt. Er wies darauf hin, daß, während die Verbindungslinien der Vereinigten Staaten fast unzerstörbar seien, kein Bürger des britischen Reichs vergessen könne, daß sein Leben von den Seeverbindungen des britischen Reichs abhängt und daß er ohne diese Verbindungen nicht leben könne. Balfour hat die Zuhörer, nicht zu glauben, daß er die Schwäche Großbritanniens beklage. Er sagte: Weit davon entfernt. Wir sind stark in der Zukunft und in heiserer Vaterlandsliebe, die uns verbindet. Aber diese strategische Schwäche ist jedermann, der darüber nachdenkt, klar. Sie ist uns und unseren Feinden bekannt und unsere Freunde dürfen sie daher auch nicht vergessen. Balfour gab seiner Ansicht Ausdruck, daß die Vorschläge betr. das Verhältnis der Schlachtschiffe der einzelnen Länder zueinander annehmbar seien und daß die Höhe der Einschränkungen angemessen sei. Er schlug vor, daß die Unterseeboots-Tonnage vermindert und der Bau von großen Unterseebooten unterjagt werde. Als Balfour die lokale und vollständige Mitwirkung bei den allgemeinen Seeabrüstungsfragen zusagte, erhoben sich die Zuhörer und spendeten während einer halben Minute lebhaften Beifall. Auch die Erklärung Balfours bezüglich der Unterseeboote fand warme Zustimmung. Balfour schlug vor, daß die Frage der Ersatzbauten und die Frage der Kreuzer, die nicht für Flottenaktionen erforderlich sind, technischen Sachverständigen zur Erwägung überlassen werden, da diese Fragen nicht die hauptsächlichsten Richtlinien der amerikanischen Vorschläge berühren. Am Schluß seiner Rede verlas Balfour ein Telegramm Lloyd Georges, worin der britische Premierminister erklärt, die britische Regierung sei den Verhandlungen auf der Eröffnungstagung mit großer Genugtuung gefolgt. Sie stimme von ganzem Herzen der Ansicht Balfours zu, daß die Rede des Präsidenten Harding und des Staatssekretärs Hughes mutige staatsmännische Äußerungen waren, die unendliche Möglichkeiten enthielten. — Als Balfour geschlossen hatte, erhob sich von neuem riesiger Beifall.

Paris, 15. Nov. Nach einer vom „Temps“ veröffentlichten Meldung aus Washington erklärt man dort, Großbritannien werde der Herabsetzung der Seeabrüstungen erst endgültig zustimmen, nachdem die Konferenz nicht nur die Entwaffnung der Vereinigten Staaten und Japans, sondern auch die von Frankreich und Italien geregelt habe. Es sei nicht unmöglich, daß die Frage der Abrüstung zu Lande mit der Frage der Abrüstung zur See verbunden werde. Endlich werde erklärt, die Zustimmung der englischen Regierung werde vielleicht der Regelung der Frage des fernen Ostens untergeordnet werden.

Demselben Blatt zufolge soll die Diskussion über die Probleme im fernen Osten am Mittwoch beginnen. Amerika werde keinen bestimmten Plan wie für die Entwaffnungsfrage zur See vorlegen, sondern es jeder Delegation überlassen, eigene Vorschläge zu machen.

#### Ein Vorschlag Chinas.

Washington, 15. Nov. Einer Mitteilung Wellington Koo's zufolge, wird die chinesische Delegation der Washingtoner Konferenz Vorschläge für eine Regelung der Probleme des Ostens unterbreiten,

die auf folgenden allgemeinen Grundgedanken fußen: China muß in die Lage gesetzt werden, seine eigene wirtschaftliche Wiederherstellung durch die Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes zu vollbringen. Auch die territoriale Integrität Chinas muß gewährleistet werden, und weitere Eingriffe durch ausländische Konzessionen müssen aufhören.

#### Bedingte Zustimmung Japans zum Abrüstungsvorschlag.

Paris, 15. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird die japanische Delegation sich mit der Einschränkung der japanischen Flotte auf 10 Großkampfschiffe einverstanden erklären, jedoch eine entsprechende Herabsetzung der englischen und der amerikanischen Flottenstärken verlangen.

Nach einer Meldung der „New York Tribune“ erklärte der chinesische Delegierte Dr. Hui in einer Unterredung, China werde bei der Beratung der Frage des fernen Ostens und des fernen Ostens auf der Konferenz den Antrag stellen, daß ihm gestattet werden möge, sich als eine von japanischer Kontrolle freie Nation zu entwickeln.

Paris, 15. Nov. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington wird in den japanischen Vorschlägen die Einschränkung der japanischen Flotte auf 10 Großkampfschiffe, wie von Hughes vorgeschlagen, angenommen, aber verlangt werden, daß die englische Flotte weniger als 22, die der Vereinigten Staaten weniger als 18 dieser Schiffe umfaßt.

London, 15. Nov. Aus Washington wird gemeldet: Balfour erklärte in seiner Rede bezüglich der Abrüstungsvorschläge der Vereinigten Staaten: Wir stimmen mit Hughes im Geist und im Grundgedanken überein. Die Darlegung der Ansichten Großbritanniens über die Einschränkung der Rüstungen zur See durch Balfour war das Merkmal auf der zweiten Sitzung der Abrüstungskonferenz. Die Galerien waren wieder mit hohen Heeres- und Flottenoffizieren, sowie von Mitgliedern des Kongresses und von anderen hervorragenden Persönlichkeiten voll besetzt. Nach Balfour sprach Admiral Kato, der ebenfalls zum Ausdruck brachte, daß Japan die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes im Prinzip annehme, und der die Stellungnahme Japans gegenüber der Herabsetzung der Flottenstärke erläuterte.

Einschließung von Kommissionen. — Frankreich und Italien gehen zusammen.

Washington, 15. Nov. (Neuter.) Auf einer Konferenz der Vorsitzenden der Delegationen der fünf Großmächte wurde heute beschlossen, daß die Frage der Rüstungseinschränkung von einer Kommission erörtert werden soll, die sich aus allen Hauptdelegierten der fünf Großmächte zusammensetzt. Auch die Erörterung der Frage des fernen Ostens wurde an eine Kommission verwiesen. Außerdem wurde beschlossen, daß jede Nation Gelegenheit erhält, ihre Ansichten über die amerikanischen Vorschläge betreffend Abrüstung auf der morgigen Eröffnungstagung der Vollversammlung zum Ausdruck zu bringen. Briand und Schanzer sind übereingekommen, daß Frankreich und Italien bei Fragen, die sich auf der Konferenz ergeben, gemeinsam handeln werden. In gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß dieses Uebereinkommen zur Verwirklichung des Zweckes sehr viel beitragen wird, der Präsident Harding zur Einschließung der Abrüstungskonferenz veranlaßt.

#### Die Abrüstung zu Lande.

Paris, 15. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ in Washington will wissen, daß die Einbringung eines Vorschlags für die Abrüstung zu Lande entweder von englischer oder italienischer Seite unmittelbar bevorstehe. Briand habe sich gestern abend mit der englischen Delegation besprochen. Im Laufe der bevorstehenden Erörterung werde vielleicht Polen wegen seiner 300 000 Mann starken Armee Schikanen ausgeübt sein. Italien mit seinen 280 000 Mann werde vielleicht mit Rücksicht auf seine Bevölkerungsziffer eine Einschränkung vorschlagen. Was Frankreich anbelange, so werde es vor der Konferenz den Beweis dafür liefern, daß Rußland heute 1 600 000 Mann mit 500 000 Bajonetten und starker Kavallerie unter den Waffen habe und morgen 12 Millionen Menschen mobil machen könne. Die französische Delegation werde ferner aus einandersehen, daß Deutschland einen Grundstock von 250 000 Mann besitze und ohne weiteres 7 Millionen Soldaten samt den nötigen Gewehren, Maschinengewehren und Flugzeugen ausbringen könne (!). Die französische Delegation werde auch klarlegen, daß England mit seinen Dominions ein Heer von 700 000 Mann habe. Es müsse also Frankreich mit seinen Kolonien gestattet sein, 657 000 Mann — dies wird nach dem Berichterstatter die französische Heeresstärke Ende 1921 sein — zu unterhalten, davon 300 000 Mann im Landesinnern. Beim Waffenstillstand habe Frankreich 4 780 000 Soldaten gehabt. Wirkliche Garantien vorausgesetzt, so werde die französische Delegation sagen, werde Frankreich gern seine Armee noch mehr beschränken.

#### Hoover wird über Deutschlands Wirtschaftslage sprechen.

New York, 15. Nov. (Durch Funkpruch.) Wie aus Washington gemeldet wird, bereitet Hoover eine amtliche Darstellung der Wirtschaftslage Deutschlands vor.

**Die Schweizer Presse.**

Basel, 16. Nov. Das Abrüstungsprogramm von Hughes hat in der schweizerischen Presse allgemein überraschend gewirkt; die Blätter bleiben jedoch hinsichtlich des Erfolgs des amerikanischen Vorschlags ziemlich skeptisch. — Die „Neue Zürcher Zeitung“ erklärt, viel wichtiger als dieser sensationelle Anfang sei die Frage, inwieweit das Projekt realisierbar ist. Eine Herabsetzung der Rüstungen werde die Kriegsgefahr wohl erheblich vermindern, aber nicht beseitigen. Trotzdem wäre es ein gewaltiger Erfolg der Völker, wenn sich dieses Projekt Hughes durchsetzen könnte. Das klare Verkenntnis der Abrüstung sei auf alle Fälle in allen Ländern des freundlichsten Widerstands sicher.

**Die mitteleuropäische Krise.**

Graz, 16. Nov. Die „Tagespost“ meldet aus Belgrad: Die Demobilisierung ist vollständig durchgeführt. Im Laufe dieser Woche erwartete man den Eintritt normaler Verhältnisse an der ungarischen Grenze.

Graz, 16. Nov. Die „Tagespost“ meldet aus Sofia: Ministerpräsident Stamboliski gab vorgestern in der Sobranja eine längere Erklärung ab, in der er die Notwendigkeit militärischer Reformen betonte und versicherte, daß Bulgarien eine friedliche auswärtige Politik verfolgen werde.

Budapest, 16. Nov. (Ung. Korr.-Büro.) Der Landesverteidigungsminister fordert die wehrfähige männliche Bevölkerung im Alter von 17 bis 36 Jahren zum freiwilligen Eintritt in die Nationalarmee auf. Die Eintretenden haben im Mannschafsstande Dienst zu leisten, doch werden auch Offiziere, Offiziersaspiranten und Unteroffiziere angenommen. Die Dienstpflicht umfaßt 12 Jahre.

Porto Novo, 15. Nov. Die Konferenz von Porto Novo beschloß bezüglich des sogenannten gemeinsamen Fahrplans der Nachfolgestaaten der alten Monarchie, daß etwa 250 Eisenbahnwagen ab 1. November 1922 nicht nur zwischen den Nachfolgestaaten, sondern auch nach dem weiteren Auslande verwendbar bleiben.

**Große wirtschaftspolitische Forderungen der Gewerkschaften und des Angestelltenbundes.**

Berlin, 15. Nov. Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes fordern von der Reichsregierung und dem Reichstag zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen und zum Ausgleich des inneren Haushalts des Reichs die beschleunigte Beschlußfassung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen: 1. Beteiligung des Reichs an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer in gleicher Höhe zu belasten. 2. Sozialisierung des Kohlenbergbaus. 3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziel, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten. 4. Scharfe Erfassung der Export-Devisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle. 5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige. 6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne. 7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers. 8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Umsatzsteuer ist von dem Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen. 9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen- und Effektengehäfte erzielten Gewinne. 10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die Zentralen und die örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für die es Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten.

Der „Vorwärts“ erklärt hierzu, die Forderungen der Gewerkschaften stellen Mindestforderungen dar, an die sich die sozialistischen Parteien gebunden fühlen. Die kommenden Reichstagsverhandlungen würden zeigen, ob das Volk als Ganzes das Programm aufnehmen werde. Geschehe das nicht, und werde kein besserer Weg zur Erhaltung der Republik und zum Schutz des Friedens gewiesen, so ständen wir vor ernstlichen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen.

Die „rote Fahne“ sagt unter der Überschrift „Geschlossene Kampffront des Proletariats“: Die kommunistische Partei ist bereit, ihre ganze Kraft für die Erlämpfung dieser Forderungen einzusetzen.

**Parteitag der deutsch-demokratischen Partei in Bremen.**

Bremen, 12. Nov. Der deutsch-demokratische Parteitag wurde heute hier eröffnet. Ueber 300 Delegierte waren erschienen. Der frühere Staatssekretär v. Pater wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. In der Nacht zum Samstag hatte eine Gruppe junger Leute vor dem Bahnhof und im Bürgerpark die als Wegweiser für die Teilnehmer aufgestellten Plakate weggerissen, und deren Gerüstbau zerstört. Auch die auf dem Bahnhofplatz aufgezogene schwarz-rot-goldene Fahne wurde heruntergerissen.

Bremen, 13. Nov. Der deutsch-demokratische Parteitag genehmigte einstimmig folgende Entschlieung: Die Deutsch-demokratische Partei ist als eine ausgesprochen republikanische Partei gegründet worden. Zweck ihrer Gründung und Inhalt ihres Parteiprogramms ist die Verwirklichung nationaler und sozialer Politik auf dem Boden der Demokratie. Eine solche Demokratie ist eine Notwendigkeit zur Erhaltung der Einheit des Volkes und der Wiederaufrichtung des deutschen Vaterlandes. Unter den gegenwärtigen deutschen Parteiverhältnissen ist eine Regierungsbildung auf möglichst breiter Grundtendenz zur Verwirklichung dieses Zieles erstrebenswert. Der Parteitag begrüßt die gründliche und offenherzige Aussprache über die künftige Po-

**Öffentliche Bekanntmachungen.**  
betr.: Sonn- und Festtage II

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß öffentliche Lustbarkeiten und Tanzunterhaltungen usw. nach §§ 8 und 9 der Verordnung betr. die bürgerliche Feier der Sonn-, Fest- und Feiertage vom 27. Mai 1895 verboten sind.

Befreiung von diesen Bestimmungen ist nur auf hinreichend begründete Gesuche, welche rechtzeitig eingereicht werden müssen (mindestens 14 Tage vorher), möglich. Es wird aber darauf hingewiesen, daß die Befreiung nur eine Ausnahme bilden soll, bei welcher der Charakter der geplanten Veranstaltung von wesentlicher Bedeutung ist.

Es empfiehlt sich deshalb, falls ein Gesuch um Befreiung gestellt werden will, diesem neben eingehender Begründung gleichzeitig das Programm für die geplante Veranstaltung anzuschließen.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß für jede Befreiung eine Sporel angelegt wird im Rahmen von 10 bis 1000 M.

Die Ortspolizeibehörden werden auf vorklehende Bekanntmachungen besonders hingewiesen und ersucht, bei Beurteilung von etwaigen Befreiungsgesuchen einen strengen Maßstab anzulegen.

Nachstehend werden die genannten beiden §§ der Verordnung abgedruckt:

§ 8.

Öffentliche Schauspiele und Vorstellungen, Scharben- und Vogelgeschichten, sowie andere öffentliche Lustbarkeiten dürfen erst nach Beendigung des vormittägigen Hauptgottesdienstes stattfinden.

An den nachgenannten Festtagen, sowie während der Karwoche, sind solche, mit Ausnahme von Konzerten und Vorstellungen an stehenden Theatern, ganz verboten: (Christfest, Palmsonntag, Karfreitag, Erntedankfest und Pfingstsonntag, erster Adventsonntag, evgl. Landesfesttag, Fronleichnam und Maria Himmelfahrt).

§ 9.

Öffentliche Tanzbelustigungen dürfen nicht erlaubt werden:

- 1. In der Karwoche;
- 2. an den Sonntagen in der Advents- und Fasten- (geschlossenen) Zeit;
- 3. am Oster- und Pfingstsonntag, Fronleichnam, Christfest und am evgl. Landesfesttag.

Die Abhaltung öffentlicher Tanzbelustigungen an den übrigen Werktagen der Advents- und Fastenzeit kann vom Oberamt, nach vorgängiger Vernehmung der Ortspolizeibehörde, gestattet werden.

Die gleichen Grundzüge finden Anwendung auf Tanzunterhaltungen geselliger Vereine und geschlossener Gesellschaften, welche in Räumlichkeiten veranstaltet werden, in denen ein Wirtschaftsbetrieb, sei es ein öffentlicher, sei es ein auf die Mitglieder der betreffenden Gesellschaft beschränkter, stattfindet.

Calw, den 12. November 1921. Oberamt: Bögel, Amtmann

Die Partei und spricht der Reichstagsaktion das Vertrauen aus. Ein Antrag zur Demokratisierung der Verwaltung wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Bremen, 14. Nov. Der deutsch-demokratische Parteitag nahm mit großer Mehrheit folgenden Antrag an: „Die Partei verurteilt die verwerfliche agitatorische Ausnutzung der Flaggenfrage. Sie tritt für Schut der verfassungsmäßigen Flaggen ein und warnt, durch Fortsetzung unfruchtbarer Streits die Gerechtigkeit der verfassungstreuen Parteien zu gefährden.“ — Einstimmig wurden ferner zwei Entschlieungen angenommen, deren eine gegen das oberflächliche Urteil eintrifft, während die andere einen Nationalgedenktag für die Kriegsoffer befürwortet.

Bremen, 14. Nov. Der deutsch-demokratische Parteitag nahm zum Reichshuldegesetz mit allen gegen eine Stimme eine Resolution an, der zufolge die nationale Einheitschule das Ideal der deutsch-demokratischen Partei ist und bleibt. Die Gemeinschaftschule erteile im Sinne der Verfassung Religionsunterricht, ohne Lehrer und Schüler zu diesem Unterricht oder zu kirchlichen Handlungen zu zwingen. Da dieser Charakter der Gemeinschaftschule im Reichshuldegesetz nicht genügend gewahrt werde, fordert die Partei, daß die Gemeinschaftschule als Realschule zweckfrei sehrfret sei. — Nach Beratungen über Lohnsystem und künftiges Arbeitsrecht wurde der Parteitag geschlossen.

**Deutschland.**

**Reparationsberatungen im Reichshab...**

Berlin, 15. Nov. Das Reichskabinett tritt laut „Deutscher Allgemeine Zeitung“ heute nachmittag unter Vorsitz des Reichspräsidenten zu einer Sitzung zusammen, in der es sich vor allem mit den Reparationsfragen beschäftigen wird.

Berlin, 15. Nov. Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten mit den Fragen, die mit der Reparation zusammenhängen. Da die Vorkonferenzen vorläufig waren, liegen nähere Mitteilungen über die Sitzung nicht vor.

**Bayern und das Reich.**

München, 14. Nov. Die „Korrespondenz Hofmann“ meldet: Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld ist aus Berlin zurückgekehrt. Er hatte bei seinem Aufenthalt in Berlin Gelegenheit, mit dem Reichsfinanzminister und einer Anzahl von Reichsministern über die allgemeinen Fragen der inneren und äußeren Reichspolitik, dabei vor allem über die Bayern betreffenden Angelegenheiten sich auszusprechen. Hier stand die Sorge um Maßnahmen gegen die Preistreibe und die Teuerung, sowie die Sicherstellung der Versorgung Bayerns mit Kartoffeln und Getreide im Vordergrund. Dabei ist der bayerische Standpunkt in weitestgehendem Maße anerkannt wor-

den. Was die in der Presse wiederholt erwähnten Verhandlungen über das Konordat anbelangt, so ergaben sich diese aus dem Zusammenreffen der Reife des Kuntius mit der Reise des Ministerpräsidenten nach Berlin. Dabei handelt es sich lediglich um Vorbesprechungen über den Abschluß eines Reichskonordats mit der Maßgabe, daß der Fortführung der Verhandlungen über ein selbständiges bayerisches Konordat zwischen der bayerischen Regierung und der Kurie nichts im Wege steht.

**Eine neue Gewalttat von Ententoffizieren.**

Berlin, 14. Nov. Wie die Blätter aus Dresden melden, versuchten auf Grund einer Denunziation Mitglieder der Interalliierten Heereskontrollkommission in die Noßstrohwerke in Heidenau bei Dresden einzudringen, um die Durchsuchung nach versteckten Waffen vorzunehmen. Die Ententoffiziere verlangten sogar, daß ein Teil der Gebäude demoliert und gesprengt werden müsse, weil angeblich dort Waffen vergraben oder eingemauert seien. Die Verkleidung und auch die Arbeiter widersetzten sich dem und verweigerten der Offizierskommission den Eintritt in die Fabrik. Es wurde schließlich beantragt, daß die Offiziere heute die Stelle, an der angeblich Waffen versteckt sein sollen, in Gegenwart der Direktion und des Betriebsrats durchsuchen sollen. Auf Verlangen der Kommission werden die Werke polizeilich bewacht, um die Entfernung der angeblich versteckten Waffen zu verhindern. — Die Blätter bemerken dazu, daß die Noßstroh-Werke Druckmaschinen, Prägepressen usw. herstellen und auf Waffenfabrikation überhaupt nicht eingerichtet sind. Außerdem sei Heidenau die Hochburg der Kommunisten, die die Herstellung und das Vorhandensein von Waffen gar nicht dulden würden.

**Lehrungsunruhen in Neu-Kölln.**

Berlin, 15. Nov. Heute vormittag wurden in Neu-Kölln eine große Anzahl Lebensmittelgeschäfte von Arbeitslosen geplündert. Die plündernde Menge von 100 bis 200 Menschen drang in die Lebensmittelgeschäfte ein und raubte Butter, Margarine, Käse, Eier usw. Die Geschäfte konnten wegen des überraschenden Auftritts der Truppe nicht rechtzeitig von der Polizei gesichert werden. Zahlreiche Geschäfte in Neu-Kölln haben auf die Vorgänge hin geschlossen. Die Schutzpolizei von Berlin hat verstärkte Abteilungen nach Neu-Kölln entsandt.

Wie der „Volksanz.“ hört, hat der Berliner Magistrat 9 Millionen Mark bereitgestellt, die zur Auszahlung an Erwerbslose, Almoempfänger und sonstige durch Arbeitslosigkeit in Not Geratene dienen sollen.

**Aus Stadt und Land.**

Calw, den 16. November 1921.

**Dienstnachrichten.**

Das Landesfinanzamt, Abteilung für Besch. und Verkehrssteuer, hat zum Steuerassistenten ernannt je an ihrem bisherigen Dienstort den Steuerbetriebsassistenten Laß in Hirsau und den Steuerbetriebsdiener Kanleiter in Hirsau.

**Vortag über das Abbelungemier.**

(Auch im Laufe dieses Winters veranstaltet der Georgenämterrat eine Anzahl jedermann zugänglicher Vorträge im Saale des Georgenämtes. Die Gegenstände der einzelnen Vorträge sind den verschiedensten Gebieten menschlicher und im besonderen deutscher Kultur entnommen: aus Literatur, Naturwissenschaft, Kunstgeschichte, deutsches Volksleben u. a. Die eine Hälfte der Vorträge reich findet noch vor Weihnachten, die zweite im neuen Jahre statt. Die Reihe eröffnet am Donnerstagabend Herr Studiendirektor Dr. Nodel mit einer Abhandlung über das Abbelungemier. Das alte deutsche Volkspos mit seinem reichen Inhalt aus deutscher Sage, Kultur und halb verfunter und verklungener Geschichte, mit seiner Darstellung deutschen Lebens und der Schilderung unvergänglicher Eigenschaften des deutschen Charakters, den alten Spuren der deutschen Göttersage in der Helde Sage, hat gerade in unfern Tagen eine besondere Bedeutung und neben den bleibenden Werten eines außerordentlichen für unsre Gegenwart.

**Zur Aenderung des Wohnungsabgabegesetzes.**

Das G. B. teilt uns mit: Der Gesetzentwurf zur Aenderung des Wohnungsabgabegesetzes liegt nunmehr vor. Das Gesetz über die Wohnungsabgabe soll am 1. Oktober in Kraft treten und sich auf die Rechnungsjahre 1921-1924 erstrecken. Die Voraussetzungen der Erhebung der Abgabe vom 1. April auf 1. Oktober ds. Js. ergibt für heuer einen Ausfall von 20 Millionen Mark, weshalb das Gesetz auch auf das Rechnungsjahr 1924 ausgedehnt wird. Die Abgabe soll in zwei am 1. Oktober 1921 und 1. Januar 1922 fälligen Teilbeträgen erhoben werden. Für die Gebäude, die von der Gebäudesteuer für Staat und Gemeinde befreit sind, muß ein anderer Weg für die Bestimmung des Kapitalwerts gewählt werden, weil die Finanzämter und das Landesfinanzamt ihre Mitwirkung abgelehnt haben. Neben den Pfarrgebäuden und Schullehrerwohnungen werden auch die Dienstwohnungen der Beamten ausdrücklich als abgabepflichtig aufgeführt. Die Mitwirkung an der Verwaltung der Wohnungsabgabe soll den Oberämtern und Kreisregierungen übertragen werden. Die Hinterziehung der Abgabe wird mit dem 1-10fachen Betrag der verkürzten Abgabe bestraft werden. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der Reichstagsauschuß für das Wohnungswesen den weiteren Ausbau des Wohnungsabgabegesetzes gefordert hat, so daß künftig die jährlichen Aufwendungen für Baukostenzuschüsse unmittelbar durch Erhöhung der Wohnungsabgabe aufgebracht werden sollen. Wenn dieses Programm durchgeführt werden soll, sei künftig mit einer erheblichen Erhöhung der Wohnungsabgabe zu rechnen. Beantragt seien 110 Prozent der Friedensmiete.

**Mitmaßliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.**

Der Hochdruck erhält sich noch. Am Donnerstag und Freitag ist immer noch meist trodenes und lautes Wetter zu erwarten.

Der Fin... (S. 10) tags trat... neuen Be... nen Situa... Finanzmin... Ministeria... daugordn... für die w... jagen und... den müß... etwa 10... dem ein... planmäßig... Pensionäre... nicht vor... klarung d... gegeben h... jeneo Re... Mehrbedar... führung g... Lage (ier... dagegen i... Umständen... stellen. — der würt... und dem... Scheer, ... auf folgen... mächtig... gierung, ... haltsbezüg... Teil der... daß die R... Regierung... tungen hie... Einwohn... Ein Zentr... Angestellte... Regelung... men würd... bezüge für... auch mit e... beträge zu... folgend... zu erwid... Gehälter d... rungsverh... durch die... gen projec... leren und... wahren, d... durch die... sich ein Ze... fort im A... genommen... ren Beam... abwarten... Antrags... und eine... bei d... 9 Uhr vor... des Inne... nungsbaue... Rechnungs... (S. 11) Der Enger... tag den 13... sammen... vorstehen... dabei insb... Verleschen... der Bildun... Sturze St... gehend, be... kreten Re... Ernährung... der Staat... nicht herbe... hältnisse, f... sitionen... Bürgerpar... demokratie... ein politis... eigentlich... Doppelt... wünschlic... fanden die... gewiesen, ... Sozialdem... und daß j... gen nenne... sondere w... führungen... Beamten... tion energ... ariffe auf... Gensow... andere R... mit diesem... Verlauf d...

ermähnten Verbands  
so ergaben sich diese  
es Nuntius mit der  
n. Dabei handelt es  
den Abschluß eines  
der Fortführung der  
päpstlichen Konkordat  
der Kurie nichts im

### Lehrer-Offizieren.

aus Dresden neiden,  
Mitglieder der Inter-  
die Koststrome in  
eine Durchführung na  
tenteoffiziere verlang  
moliert und gebringt  
in vergraben oder ein  
die Arbeiter wider  
Offizierskommission den  
schlich beantragt, daß  
schlich Waffen versta  
und des Betriebsrats  
kommission werden die  
ernung der angebl  
blätter bemerken dazu,  
Bräutigame usw. ber  
up nicht eingrichtet  
rg der Kommuniten,  
ein von Waffen gar

### Polizei-Offizier.

in Neu-Kölln  
von Arbeitslosen ge  
bis 200 Moneten  
lauchten. Die Menge  
raube Butter, Mar  
nten wegen des über  
schickte von der Po  
in Neu-Kölln haben  
hupolizei von Verlin  
n entandt.

Berliner Magistrat  
Auszahlung an Ge  
e durch Arbeitslos

### Land.

November 1921.

Beste und Verkehrs-  
je an ihrem bishe  
Paris in Hirau und  
in Hirau.

### Ingenieur.

akt der Georgen-  
vorträge im Saale des  
den Vorträge sind die  
in besonderen deut  
wissenschaft, Kun  
Hälfte der Vorträge  
in neuen Jahre hat  
err Studiendirektor  
Nibelung entlie  
in Inhalt aus deut  
ungener Geschichte,  
Schilderung unverg  
den alten Spuren der  
terade in unsern Tagen  
lebenden Weiten eine

### Abgabebegehre.

ntwurf zur Verwe  
ehr vor. Das Ge  
ober in Kraft tre  
1924 erklären. Die  
de vom 1. April auf  
Ausfall von 20 Mi  
auf das Rechnungsj  
n zwei am 1. Oktob  
tragen erhoben wer  
ändersteuer für Sta  
er Weg für die Z  
en, weil die Finanz  
tätigkeit abgelehnt  
Schullehrerwohnun  
mien ausdrücklich als  
g an der Verwaltung  
n und Kreisregierung  
den Abgabe wird  
igen Abgabe bestr  
auf hingewiesen, daß  
weisen den weiteren  
fordert hat, so daß  
Baufostenzuschüsse  
sabsabgabe aufgebracht  
durchgeführt werden  
ung der Wohnungs  
Prozent der Friedens

### Freitag.

Freitag  
Freitag  
Wetter zu erwarten.

## Der Finanzausschuß und die neue Besoldungsordnung.

(S. B.) Stuttgart, 14. Nov. Der Finanzausschuß des Landtags trat heute zusammen, um zu der durch die Schaffung einer neuen Besoldungsordnung im Reich für Württemberg gegebenen Situation Stellung zu nehmen. Anstelle des erkrankten Finanzministers berichteten Ministerialdirektor Groß und Ministerialrat Fischer über die im Reich geschaffene Besoldungsordnung. Die württ. Regierung sei der Auffassung, daß für die württ. Beamten die Konsequenzen aus der Lage gezogen und die gleichen Gehaltsätze wie im Reich gewährt werden müssen. Der Mehraufwand für Beamte und Lehrer betrage etwa 150 bis 160 Millionen Mark, die Kinderzuschläge erfordern ein Mehr von 20 Millionen, der Aufwand für die ausgetretenen Familien ein Mehr von 25 bis 30 und für die Pensionäre etwa 25 Millionen Mark. Mehreinnahmen seien noch nicht vorhanden. Die Regierungsvorleiter gaben eine Erklärung der Reichsregierung bekannt, die die im Reichstat abgegebene hat. Danach sollen die Mehrausgaben für das laufende Rechnungsjahr durch Vorstöße des Reiches in Höhe des Mehrbedarfs vierteljährlich im Voraus den Ländern zur Verfügung gestellt werden, soweit die Länder nicht selbst in der Lage seien, diese Mehrausgaben selbst zu tragen. Die Länder dagegen sollen finanzschwachen Gemeinden beistimmen, unter Umständen wird auch hierfür das Reich Vorstöße zur Verfügung stellen. — Redner aller Parteien sprachen sich dahin aus, daß der württ. Landtag die Konsequenzen aus der Ueberlieferung und dem Vorgang im Reich ziehen müsse. Die Abgg. Andre, Scheer, Ströbel, Pflüger und Kintel brachten hierzu folgende Entschließung ein: Der Finanzausschuß ermächtigt mit Vorbehalt der Zustimmung des Landtags die Regierung, unverzüglich mit der Auszahlung der neuen Gehaltsbezüge, entsprechend dem Vorgang im Reich, zu beginnen. Bei der Beiprechung dieser Entschließung kam zum Ausdruck, daß die Regierung sofort Abschlagszahlungen leisten möge. Ein Regierungsvorleiter gab die Erklärung ab, daß die Vorbereitungen hierfür soweit getroffen seien, daß schon morgen mit der Einweisung der höheren Gehaltsbezüge begonnen werden könne. Ein Zentrumsredner fragte an, wie es mit den außerplanmäßig Angestellten zu halten sei und wann diese die aus der früheren Regelung noch rückständigen Gehaltsbeträge ausbezahlt bekommen würden. Es wurde darauf geantwortet, daß die Gehaltsbezüge für November und Dezember sofort angewiesen und auch mit einer alsbaldigen Auszahlung der früheren Differenzbeträge zu rechnen sei. Von Seiten der Unabhängigen wurde folgender neuer Antrag eingebracht: 1) Die württ. Regierung zu eruchen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß die Gehälter der unteren und mittleren Beamten alsbald den Lebensverhältnissen entsprechend geregelt werden. 2) Bei allen durch die Teuerung notwendigen Zulagen sind die gleichmäßigen prozentualen Zulagen zu vermeiden. 3) den unteren, mittleren und höheren Beamten sind in Zukunft Zuschläge zu gewähren, die für die Beamten aller Gruppen den Mehrausgaben durch die Teuerung entsprechen. — Gegen diesen Antrag wandte sich ein Zentrumsredner. Es sei nicht zu verantworten, wenn sofort im Anschluß an die Neuordnung ein derartiger Antrag angenommen würde. Man solle die Aufbeziehung die für die unteren Beamten allerdings in nicht erwünschter Weise erfolgt sei, abwarten und die jetzige Regelung durchführen. Ziffer 1 des Antrags wurde zurückgezogen, Ziffer 2 mit 10 Nein, fünf Ja und eine Enthaltung, ebenso Ziffer 3 mit 11 Nein gegen zwei Ja bei drei Enthaltungen abgelehnt. — Morgen Dienstag 9 Uhr vormittags Fortsetzung: 1) Mitteilungen des Ministers des Innern über die Frage der Baukostenzuschüsse für Wohnungsbauten, 2) Entwurf eines Wohnungsabgabegesetzes, 3) Rechnungsprüfungen, 4) Einaben.

## Erklärung der Württ. Bürgerpartei zur Regierungsumbildung.

(S. B.) Stuttgart, 15. Nov. Die Bürgerpartei schreibt uns: Der Engere Landesausschuß der Württ. Bürgerpartei trat am Sonntag den 13. November zu einer sehr zahlreichen Sitzung zusammen. In einleitenden Ausführungen berichtete der Fraktionsvorsitzende Abg. Bazzille über die Lage im Reich und besprach dabei insbesondere die Haltung der Deutschen Volkspartei bei den Versuchen zur Schaffung der großen Koalition im Reich und bei der Bildung der Preussischen Regierung Braun-Severing nach dem Sturze Stegerwalds. Auf die württembergischen Verhältnisse übergehend, bezeichnete der Redner die Vereinnahmung des Sozialdemokraten Keil in die württ. Regierung an die Stelle des bisherigen Ernährungsministers Dr. Schall vom Standpunkt der Kräftigung der Staatsgewalt aus für einen Rückschritt. Die Umbildung sei nicht herbeigeführt durch die Entwicklung der inneren württ. Verhältnisse, sondern sie sei erfolgt in Nachahmung der Regierungsumbildungen im Reich und in Preußen. Andererseits habe die württ. Bürgerpartei vom ersten Augenblick an erkannt, daß die Sozialdemokratie geheimer Teilhaber der Regierung hier sei, und es sei ein politisches Gebot, daß das Volk klaren Einblick darin habe, wer eigentlich für die Politik der Regierung verantwortlich sei. Die Opposition müsse daher auch so geführt werden, daß diese Verantwortlichkeit nicht verwischt werde. In der sehr angeregten Aussprache fanden diese Darlegungen volle Zustimmung. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Ministerium Keil nur der erste Vorposten der Sozialdemokratie für ein weiteres Eindringen in die Regierung sei, und daß das Ministerium hier diesem sozialdemokratischen Drängen nennenswerten Widerstand nicht entgegenzusetzen werde. Insbesondere wandten sich verschiedene Redner gegen die neuerlichen Ausführungen des Abg. Schref über die politische Haltung der höheren Beamten. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Fraktion energisch Stellung nehmen werde gegen die demokratischen Angriffe auf die staatsbürgerliche Betätigungsfreiheit der Beamten. Ebenso werde es die Aufgabe der Fraktion sein, festzustellen, ob die andere Regierungspartei, Zentrum und die Deutsche Volkspartei, mit diesem demokratischen Vorgehen einverstanden sei. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde eine große Anzahl wichtiger Pro-

bleme berührt, aber die die Beschlußfassung bis zur nächsten Sitzung des Engeren Ausschusses verschoben wurde.

Liebenzell, 11. Nov. (Vom Rathaus.) In einem Schreiben, das schon vor einiger Zeit dem Gemeinderat zugeht, wurde vom Forstamt der Vorschlag gemacht, für einen Teil des Gerechtigkeits-Reisig Geldentschädigung zu leisten. Das Forstamt ist nicht in der Lage, alles Gerechtigkeitsholz und Reisig in der Nähe anzumelden, vielmehr müßten die entlegenen Waldteile herangezogen werden. Der Gemeinderat, der hierin einen ersten Anlauf zur Ablösung erblickte, lehnte den Vorschlag ab. Vielmehr wurde bemerkt, daß es auch in Zukunft möglich sein müsse, das Gerechtigkeitsholz und Reisig in Natura aus den näher gelegenen Waldteilen zu liefern. In die heutige Sitzung war nun Herr Forstmeister Walz eingeladen, der ausführte, wenn früher Holz und Reisig mehr in der Nähe zugewiesen worden sei und nicht im ganzen Revier zerstreut, so hänge das mit der jetzigen Waldwirtschaft zusammen. Früher bei der Kahlschlagwirtschaft mußten nur 5-6 Waldteile herangezogen werden, heute, nachdem man zum Sammelholzwirtschaft übergegangen sei, müsse man viel mehr Waldteile heranziehen, um das Nutzholz zu gewinnen. Außer Liebenzell seien noch Densbach, Monatam und Unterhausstett nutzungsberechtigt. Und zwar erhalte Liebenzell mit gegen 14000 Wellen das zweitwertelste der anderen Gemeinden zusammen, mit 542 Baummetern Eiche und 511 Baummetern Fichte gar das siebenfache. Das Forstamt sei nicht mehr imstande, Liebenzell aus der nahegelegenen Waldteilen zu befriedigen, der neue Forstbetrieb könne diese Menge nicht in der Nähe aufbringen, was bei den geringeren Mengen, welche die übrigen Gemeinden erhalten, noch möglich sei. Zudem solle der Hummerberg usw. da aus diesem Waldteil Genügend befriedigt werden müsse. An eine Ablösung denke die Forstverwaltung in jenseitiger Zeit schon gar nicht. Vielmehr habe das Forstamt mit dem Vorschlag nur die Interessen der Bürger im Auge gehabt, um denselben zu ermöglichen, auf Reisig, das ihnen etwa bei der Kappholzwirtschaft zugewiesen werden müßte, zu verzichten, und eine Geldentschädigung dafür zu nehmen deren Höhe allerdings noch nicht bestimmt sei. Es wäre dadurch Gelegenheit gegeben, mit der Entschädigung Durchforstung in der Nähe zu laufen und sich den teuren Fichteln zu sparen. Was das Holz betreffe, so könne doch dem Forstamt nicht zugemutet werden, daß das hochwertige Nutzholz zu Brennholz aufgeföhren werde. Da müsse das Gemeinwohl doch vorgehen. In der Aussprache wurde bemerkt, daß die Holzgerechtigkeit eben aus einer Zeit der Brennholzwirtschaft stamme. Wenn nun heute die Forstverwaltung durch den Nutzholzbetrieb höhere Einnahmen beziehe, so seien diese, erst durch Veranschlagung der Nutzungsberechtigten, Forstmeister Walz versprach der Gemeinde bis an die Grenze des Möglichen auch fernerhin entgegen zu kommen. Beschlossen wurde, nachdem die Höhe einer etwaigen Geldentschädigung mitgeteilt ist, öffentlich bekannt machen zu lassen, wer in diesem Fall auf den Bezug von Reisig verzichten will. — Die vom Gemeinderat im September 1920 für verschiedene Gebiete — Birkofsbrennen, Schönberger-Steige, Vöngelbach, Bahnhofstraße, Monatamer Berg usw. — auf ein Jahr verhängte Bauperre, wird auf ein weiteres Jahr verlängert. Bei dieser Gelegenheit wird vom Vorsitzenden die Anregung gegeben, die Beschränkungen des Paragr. 14 des Ortsbauabgabe auf das Gebiet vom Oberen Bad bis zum Klein-Wildbad auszuheben. Die Abstimmung hierüber wird nach reichlicher Aussprache mit 7 gegen 5 Stimmen auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. — Die Polizeistunde, die schon früher auf halb 12 Uhr festgesetzt wurde, kann im Bedarfsfall bis 12 Uhr verlängert werden. Für eine weitere Verlängerung über 12 Uhr hinaus, soll eine Gebühr von 20 M bis 1 Uhr und von 50 M bis 2 Uhr erhoben werden.

Liebenzell, 15. Nov. Am Sonntag hielt die evangel. Kirchengemeinde ihren ersten Gemeindevand dieses Winters im vollbesetzten Saal des Gemeindehauses. Der Abend stand im Zeichen Luthers. Nach der Begrüßung hielt Herr Stadtpfarrer Sandberger einen Vortrag über Luthers Arbeit auf der Wartburg. Wir belamen ein klares und anschauliches Bild von der Wartburgzeit unseres Reformators. Dieser war wohl herausgerissen aus der Unruhe und Gefahr der Welt, aber er pflegte nichts weniger als eine stille Muße. Es war vielmehr eine Zeit rastloser Tätigkeit. Durch beständigen Briefwechsel, der freilich erschwert und umständlich war, blieb er mit den Freunden in steter Verbindung. Der Gedächtnis und Gebannte war sogar noch stark genug, aus seinem verborgenen Winkel heraus einen Kardinal zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Vor allem aber hat er in jenen Monaten seinem deutschen Volk die sonntäglichen Verkörpern ausgelegt in der „Kirchenpostille“ dem ersten deutschen Predigtbuch. Das Wertvollste jedoch war die Uebersetzung des Neuen Testaments in die deutsche Sprache, die er in vier Monaten vollendet hatte und fertig bei seiner Rückkehr nach Wittenberg mitbrachte. — In dieselbe Zeit verlegte uns die Ausführung des Jünglingsvereins; „Luther und Herzog Erichs Labretant“. Die Darsteller, die vor nicht geringer Aufgaben gestellt waren, bewiesen, daß sie sich in ihre Rollen gut eingelebt hatten, und fanden mit Recht für ihre Leistungen den lebhaften Beifall der Zuhörer. Der Polanenschor hat nicht nur durch sein eröffnendes Spiel dem Abend gleich die rechte Weiche zu geben verstanden, sondern auch sonst, wie wir es schon von ihm gewohnt sind und an ihm dankbar schätzen, mit seinen Weisen den Abend bereichert. Ein Mitglied des Jünglingsvereins hat auf der Violine mit seinem Präludium von Bach schon recht ansehnliches Können gezeigt. Einen auserlesenen Genuß, den wir hoffentlich noch öfters begrüßen dürfen, bot uns Fräulein Relia Scharf die ihre edle Kunst an diesem Abend in solch dankenswerter Weise in den Dienst unserer Gemeinde stellte. Wir hörten ein Adagio von Handl und eine Cavatine von Raff. Die Begleitung am Klavier hatte Herr Ludwig Haich übernommen, der er in bewährter Art gerecht wurde. Mit

einem kurzen Schlusswort von Herrn Stadtpfarrer Gaiser und gemeinsamem Gesang des Lutherliedes endigte der gehaltvolle, abwechslungsreiche Abend.

(S. B.) Wildbad, 15. Nov. Das städtische Forstamt konnte bisher mit den hiesigen Holzhauern zu keiner Einigung über die Holzhaulerlöhe im neuen Wirtschaftsjahr gelangen. Die Arbeiter verlangen beträchtlich höhere Stunden- und Allfordslöhe als sie der Lohnstarif für die Waldarbeiter in den württ. Staatswaldungen vorsieht. Der Gemeinderat beschloß deshalb, daß dieser Lohnstarif mit Wirkung vom 15. Oktober zur Anwendung kommt und daß hierzu ein Teuerungszuschlag von 10 Prozent gegeben wird. Außerdem wurde das Forstamt angewiesen, die zu große Zahl der Waldarbeiter im Verein mit dem Betriebsrat zu reorganisieren wobei insbesondere den gewöhnlichen Arbeitern nahegelegt ist, zu ihrem Beruf zurückzukehren. Mit Rücksicht auf die hiesigen staatlichen Holzhauer und die benachbarten Waldbesitzer ist die Stadtgemeinde künftig gezwungen den Lohnstarif der Waldarbeiter als Mitglied des Waldbesitzerverbandes einzuhalten.

(S. B.) Plochingen, 15. Nov. In einer Versammlung des Württ. Eisenbahnerverbands wurde gegen die Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbetrieb Stellung genommen. Nur eine Erhöhung der Tarife und die Abschaffung der Vergünstigungen könne die Bahnen rentabel gestalten.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

### Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar steht nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung von heute früh auf 260 Mark.

### Die Ausprägung von Markstücken.

Auf die Eingabe, die der Verein deutscher Straßenbahnen an den Reichsfinanzminister wegen Ausprägung von Einmarkstücken gerichtet hatte, teilte, wie die „Verkehrstechnik“ berichtet, der Minister mit, daß die Ausprägung von Münzen höherer Werte zur Durchführung gelangen soll, sobald die Versuche über die metallische Zusammensetzung derartiger Münzen, die sich in fortgeschrittenem Stadium befinden, abgeschlossen sind.

### Die neuen Börsensteuern.

Die Neuordnung der Besteuerung von Aktienumsätzen und die Einführung einer Dividendenumlagesteuer wird jetzt im Reichsgeblatt veröffentlicht. Von neuen Bestimmungen sind zu erwähnen, daß es bei Aktien auf die statutenmäßig eine Dividende von 7 Proz gezahlt werden soll, oder die zu einem Kurs von höchstens 120 Proz eingezogen werden können, beim Kundenstempel von 3 pro Mille verbleibt. Bei den Umsätzen von ausländischen Noten und Sorten ist die Unterzeichnung zwischen Kunden- und Händlergeschäften eingeführt worden. Der Stempel beträgt 3 pro Mille für Kunden- und 4 Scherbel pro Mille für Händlergeschäfte. Die Verordnung tritt am 17. November in Kraft.

### Deutschlands Fleischversorgung.

Wie weit die Versorgung in Deutschland im Vergleich zur Vorkriegszeit noch zurückgeblieben ist, lehrt ein Blick in die Schlachtungsstatistik. Obwohl die Auftriebsziffern für August eine wesentliche Steigerung und für September allerdings eine ganz leichte Abminderung aufweisen, ist die Marktlage nicht so günstig. Nach den Feststellungen der Reichsfleischstelle betrug zur Zeit das Durchschnittsgewicht eines Kindes nur etwa 155 Kilogramm (gegen 250 Kilogramm in der Vorkriegszeit), eines Kalbes 31 Kilogramm (40 Kilogramm), eines Schweines 75 Kilogramm (85 Kilogramm), und eines Schafes 17 Kilogramm (22 Kilogramm). Nach der Statistik ist die gesamte Fleischmenge aus den im ersten Halbjahr 1921 erfolgten beschlagnahmten Schlachtungen von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen um 60 Proz. kleiner, als dies im gleichen Zeitraum des Jahres 1913 war. Wäthin erreicht der jetzige Verbrauch nur knapp 2 Fünftel der Vorkriegszeit.

### Kein Häute- und Ledermonopol.

Von gut unterrichteter Seite wird dem Berl. Volka-Anz. geschrieben: Die anderweitige Andeutung, als erwäge die Regierung im Hinblick auf die hohen Häute- und Zellpreise von neuem den Plan eines Häute- und Ledermonopols, entbehrt jeder Grundlage. Als dieser Plan seinerzeit aufstand, zeigte sich bald dessen Undurchführbarkeit und die Regierung hat ihn endgültig fallen lassen. Ueberhaupt neigt die Regierung keineswegs dazu, die freie Wirtschaft durch irgendwelche Einmischungen in die Geschäfte der Häute- und Lederbranche zu durchbrechen.

### Markte.

#### Pferde und Vieh.

(S. B.) Stuttgart, 15. Nov. Dem Dienstagmarkt auf dem hiesigen Vieh- und Schlachtbof waren zugeführt: 141 Ochsen, 16 Bullen, 160 Jungbullen, 185 Jungriinder, 263 Röhre, 441 Kälber, 542 Schweine und 27 Schafe. Erlöst wurden aus 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 750-830, 2. 550-690, Bullen 1. 750-800, 2. 580-700, Jungriinder 1. 790-860, 2. 660 bis 760, 3. 550-610, Röhre 1. 570-690, 2. 400-510, 3. 300 bis 400, Kälber 1. 950-1050, 2. 880-940, 3. 770-840, Schweine 1. 1500-1600, 2. 1320-1450, 3. 1170-1270, Hammelfleisch 820 bis 920, Schaffleisch 570-770 M. Verlauf des Marktes: lebhaft.

(S. B.) Ludwigsburg, 15. Nov. Dem Schweinemarkt am Dienstag waren 208 Milchschweine zugeführt, von denen bei flauem Handel 90 Stück zu 140-330 M abgelehrt wurden.

(S. B.) Göttingen, 15. Nov. Dem großen Schafmarkt am Samstag waren 6922 Stück zugeführt, von denen 5414 verkauft wurden. Die Preise waren hoch; Zuchtschafe kosteten 1600 M, Mutterchafe 900-1400 M, Hammeljährlinge 800 bis 1100 M, Hammelkämmer 500-950 M, Götschafe 1000 M, Brackchafe 600-1000 M.

Für die Schreibung verantwortlich J. B. B. Rudolph, Calw Druck und Verlag der A. Delichägerschen Buchdruckerei, Calw.

**Bekanntmachung.**

Wegen Mangels an elektr. Strom ist die Leistungs-fähigkeit unseres Pumpwerks bedeutend gemindert. Die uneingeschränkte Versorgung der Stadt mit Wasser können wir nur aufrecht erhalten, wenn im

**Wasserverbrauch weitestgehende Sparsamkeit**

beobachtet wird. Insbesondere ist das Lauflassen der Wasserleitung zur Verhütung des Einfrierens streng verboten und wird nach § 9 unserer Lieferungsbedingungen bestraft.

Mit streckenweiser Abstellung der Hauptleitungen ist zu rechnen.

Calw, den 15. November 1921.  
Städt. Wasserwerk: Schlaich.

**Württembergische Landesparkasse in Stuttgart.**

Mündelsicher. Gegründet 1818.  
Einslagen rund 500 Millionen Mark.  
681 Zweigstellen im ganzen Lande.  
Einslagen von jedermann bis zu 30.000 Mark.  
Rückzahlungen in jeder Höhe und in der Regel ohne Kündigung.  
Freizügigkeit des Einlagegelds: Bei Aufenthaltswechsel keine Veränderung nötig.  
Verwaltung und Verwaltung von Wertpapieren.  
Ausleihungen auf Hypotheken und an Gemeinden.  
Eröffnung provisorischer Girokonten (borgelöser Zahlungsverkehr).  
Den Geschäftsverkehr vermitteln kostenfrei die Zweigstellen:  
Calw : Herr Oberlehrer Mücke  
Mühlberg : Herr Fr. Schlecht, Ortssteuerbeamter  
Althengstett : Frau Maria Ade, Witwe  
Deutenroth : Fr. Christiane Gulde  
Gehring : Herr K. Böttinger, Buchbindermeister  
Liebenzell : Frau Lydia Schrott, Wagnermeister-Gattin;  
Wütligen : Herr J. Stanger, Schreinermeister  
Neubulach : Frau Christina Kaiser, Witwe  
Neuwelt : Herr Fr. Bühler, Weber  
Simmobheim : Herr J. Ganzer, Schneidermeister  
Stammheim : Herr G. Köpf, Landwirt  
Teinach : Herr K. Schwämmle, Schlossermeister,  
Unterreichenbach : Herr Louis Vater, Kaufmann,  
Zweibrücken : Herr Squithoff Wolf.

**Bereinigte Deckenfabriken Calw A.-G.**  
Hiedurch laden wir unsere Aktionäre ein zu einer **außerordentlichen Generalversammlung**

auf Samstag, den 10. Dezember ds. Js., vormittags 11 1/2 Uhr in Calw, Gasthof zum „Waldborn“ mit folgender Tagesordnung:

- I. Erhöhung des Grundkapitals von M. 3.000.000.— auf M. 6.000.000.— durch Ausgabe von 3000 neuen auf den Inhaber lautenden, den bisher ausgegebenen Aktien gleichberechtigten Stammaktien; Vergebung der Aktien unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts und gegen Einräumung eines mittelbaren Bezugsrechts der Aktionäre an ein Konsortium.
- II. Erhöhung des Grundkapitals um weitere M. 500.000.— auf M. 6.500.000.— durch Ausgabe von 500 auf den Namen lautenden Vorzugsaktien mit beschränktem Gewinnanspruch und mehrfachem Stimmrecht; Vergebung unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre an ein Konsortium.
- III. Abänderung folgender Paragraphen des Gesellschaftsvertrags:  
4 Grundkapital.  
17 Stimmrecht.  
20 Abstimmung der beiden Aktiengattungen entsprechend § 275 HGB.  
21 Bilanz.  
22 Gewinnverteilung.  
23 (neu) Rangordnung der beiden Aktiengattungen bei einer Liquidation.  
Zur Teilnahme sind die Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien spätestens am dritten Tage vor der Generalversammlung bei dem Vorstand der Gesellschaft, bei einem Notar oder bei dem Bankhaus Dörtenbach & Cie., G. m. b. H., in Stuttgart hinterlegen.

Calw, im November 1921.

Der Vorstand:  
Erwin Sannwald.

Am Donnerstag, den 17. ds. Mts. abends 8 Uhr, findet im kleinen Saal des „Badischen Hof“ eine **Mitgliederversammlung** statt. Gegenstand der Besprechung: „Wie berechnet man die Rentabilität eines Hauses?“  
Durch Nichtbesuch unserer Versammlungen sind in letzter Zeit verschiedene Mitglieder zu Schaden gekommen; wir fordern deshalb alle unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse zu zahlreichem Erscheinen auf.  
**Haus- u. Grundbesitzerverein Calw e. V.**

**Schneeschuhverein Calw. Hauptversammlung**  
Freitag, 18. November, abends 8 Uhr, Nebenzimmer des Bürgerstübli.  
Freunde des Schneelaufs willkommen.

Freitag Abend 7 1/2 Uhr im Saale des „Badischen Hofes“ einmaliger **Otto Keller-Abend**  
Heiteres und Ernstes in schwäbischer Dichtung  
Neues Programm. Aus neuen Dichtungen.  
Karten zu Mk. 6.80, 4.40 und 2.75 im Vorverkauf Buchhandlung Kirchherr.

**Badischer Hof - Calw**  
am Montag, den 21. November abends 8 Uhr:  
**Liederabend**  
von  
Opernsängerin Olga Blomé vom Württ. Landestheater Stuttgart am Flügel: Dr. Riedel-Stuttgart.  
Lieder von Brahms, Wolf, Grieg, Marx.  
Karten im Vorverkauf in der Buchhandlg. Häßler zu Mark 6.80, 5.80, und 4.80 inkl. Steuer.  
Der Saal wird geheizt.

**Bad Teinach. Geschäfts-Empfehlung.**  
Nachdem Herr Fried. Gökmer sein Anwesen, die **Teinacher Mühle** aus Familienrücksichten mit dem heutigen Tage käuflich an mich abgetreten hat, teile ich einer geehrien Einwohnerschaft von hier und Umgebung mit, daß der Betrieb der Mahlmühle **keine Unterbrechung erleidet** und bis zu meinem Aufzug von dem bisherigen Besitzer und meinem Bruder Christian Wentz, aus Köhlerstal weitergeführt wird.  
Ich werde bestrebt sein, meine wertere Kundschaft stets zur Zufriedenheit zu bedienen und bitte um geneigten Zuspruch.  
Hochachtungsvoll  
**Johannes Wentzsch,**  
z. Zt. Aushilf bei Basel.  
Bad Teinach, den 16. November 1921.

**Felle**  
von Kanin, Feldhasen, Reh, Gansen, Fuchs, Marder, sowie alle anderen Felle  
kauft zu den höchsten Preisen an.  
**Erich Maischhofer, Pforzheim**  
Mod. Tierausstopfer, Lindenstr. 52, Fernspr. 1501

Enzhoß-Schömburg, den 15. November 1921.  
**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise wohlthuerender Teilnahme an dem Heimgang unserer Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante  
**Katharine Weinmann**  
geb. Kentscher  
sagen wir unseren herzlichsten Dank.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Familie Frig Harter.**

Suchen Sie neue lustige Vortragsstücke in Schwäb. Mundart?  
**Otto Keller's** Gedichte bieten solche Hülle u. Fülle  
Schnitz u. Zwetschga Sacha u. Sächla zom Lachn ond Lächla.  
Aus meim Manganeschtle Oenaweg muschner!  
Vorätig bei:  
Buchhdlg. Kirchherr.

**Taschenmesser** mit abgerundeten Ecken, 3 Klängen (altes Andernken) von Marktplatz - Köhle - Lederstr. verloren gegangen.  
Finder erhält gute Belohnung. Abzugeben Marktplatz 2.

**Zugelassen** ist mir am Samstag ein größerer, schwarzer **Dachshund**.  
Derfelbe kann gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld abgeholt werden bei Gg. Kaufmann, Liebenzell

**Landwirte!**  
Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine (pez, Krampf u. Rotlauf, z. Anzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte **Hirsch - Universal - Komposition**.  
Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.

**Waldbasen-, Kaninchen-, sowie alle andern Felle**  
kauft fortwährend zu den höchsten Tagespreisen.  
Fr. Volz, Oberreichenbach.

Calw, den 15. November 1921.  
**Todes-Anzeige.**  
Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe Schwester, Schwägerin u. Tante  
**Mathilde Driedelt**  
heute sanft entschlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Emil Hammer, zum „Löwen“,**  
und Frau Anna, geb. Driedelt.  
Beerdigung Donnerstag Mittag 3 Uhr.

Calw, den 15. November 1921.  
**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben  
**Emma**  
erfahren durften, ihren Altersgenossinnen, für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte und für die tröstlichen Worte des Herrn Dekan sagen herzlichen Dank.  
In tiefer Trauer:  
**Matia Gock, mit ihren Kindern**  
Berit und Karl.

**Wasserverkehrsverband Liebelsberg. Die alten Gröber-Maschinen** der Pumpstation des Verbandes werden zum Verkauf gebracht.  
Liebhaber haben schriftliche Angebote verschlossen, mit der Anschrift „Pumpen“ versehen, in Baumhain am Samstag abends bis 25. November 1921, nachmittags 6 Uhr beim Schultheißenamt Liebelsberg einzureichen.  
Die Bestätigung der Maschinen kann zu jeder Tageszeit in der Pumpstation erfolgen.  
Liebelsberg, den 15. November 1921.  
Verbands-Vorsitzender Braun.

**Auf Puppen** werden rasch und sauber **Haar-Perücken** gemacht bei  
**S. Obermatt,**  
Friseur beim Bahnhof.

Suche einen tüchtigen, im Langholzhandwerk durchaus bewanderten  
**Knecht.**  
Friedrich Klebe, Traube Engelsbrand.

Wir suchen einen bei der dortigen Industrie gut eingeführten  
**Platzvertreter**  
Schriftliche Angebote mit Referenzen erbeten an  
**Curt A. Ehrenhaus & Co**  
Berlin-Schöneberg,  
Hauptstraße 161, Papier-Pappen-, Integrohandlg.

**2 Schrotmühlen** sowie  
**1 Futter Schneidmaschine**  
für Hand- und Kraftbetrieb alles gut erhalten, verkauft billig  
**Fr. Huber,**  
Masch.-Werkstätte,  
Unterreichenbach Calw.  
Fernsprecher 17.

**Fahrpläne**  
für den Bezirk Calw erhältlich in der Geschäftsstelle dieses Blattes, das Stück zu 80 Pfg.

Ein neuer **Kinderwagen** (Korbwagen) ist zu verkaufen  
Wegberggasse 317.

Einem fast neuen **Anzug** hat billig zu verkaufen.  
Wer jagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.  
**Kaufe ca 50 Zentner Angersen oder Kohlraben**  
Eugen Harisch, z. Schiff

**2 Ziegen** verkauft  
Barbara Heilemann, Hirsau.  
**Talg**  
roh und geschmolzen kauft N. Hauber.